

Zürich

Italienische Búezer wollen ihre Pension zurück

Zehn Arbeiter wurden von ihrem Berater betrogen. Vor Bezirksgericht erreichten sie einen Etappensieg.

Von **Mario Stäuble**

Zürich - Zehn italienische Arbeiter, deren Pensionskassengelder verschwunden waren, bekommen ihr Geld zurück. So hat das Zürcher Bezirksgericht entschieden. Die Búezer sind ein Teil der Geschädigten in einem komplexen Betrugsfall - es geht um gegen zehn Millionen Franken.

Im Zentrum des Geschehens steht Antonio G., ein Mann, der als jovial, freundlich und hilfsbereit beschrieben wird. Er arbeitete beim Zürcher Arm der Beratungsstelle Inca - für Italiener ein besonderer Ort: Inca ist ein weltweites Netz von Informationsbüros, eingerichtet für ausgewanderte Italiener, spezialisiert auf Fragen der Sozialversicherung, beaufsichtigt vom italienischen Arbeitsministerium. Antonio G. brachte es bis zum Leiter des Zürcher Inca-Büros. Er war bei den Auswanderern beliebt, half auch mal beim Abfassen von Behördenbriefen oder spendierte ein Essen, wenn ein Arbeiter pensioniert wurde. Doch die Freundlichkeit war Fassade, hinterum bediente sich G. bei den Konten seiner Kunden.

Autos und Luxusuhren

Wie G. vorging, zeigt das Beispiel von Roberto Tommasini, einer von rund 100 Geschädigten. Tommasini kannte G. nicht persönlich, holte sich aber bei Inca Zürich immer wieder Rat. Im Mai 2009, zwei Jahre nach seiner Pensionierung, bemerkte er, dass seine Pensionskassensumme im Betrag von 1519 Franken nicht auf seinem Konto eingetroffen war. Als er bei der Bank nachfragte, sagte man ihm, er habe sein ganzes Pensionskassengeld, 265 500 Franken, selbst von seinem Konto abgebogen. Der Berater zeigte ihm ein Dokument mit seiner eigenen Unterschrift - jemand hatte sie gefälscht und zusätzlich einen Stempel des italienischen Konsulats verwendet. Dahinter steckte, wie sich später herausstellte, Antonio G. Das Geld soll er für Frauen, Autos und Luxusuhren ausgegeben haben; als sein Tun aufflog, wurde er verhaftet. G. war geständig, in einem

Entschuldigungsbrief an Tommasini schrieb er: «Ich erkenne mich selber nicht in jener entstellten Persönlichkeit von einst.»

Widersprüchliche Urteile

Ein Teil der pensionierten Búezer klagte daraufhin gegen Inca. «Die Institution ist nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch und politisch in der Pflicht», sagt Marco Tommasini gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Der Sohn von Roberto Tommasini ist Präsident vom Comitato Difesa Famiglia, einem Komitee, in dem sich Kinder von Geschädigten zusammengeschlossen haben.

Das Bezirksgericht Zürich hat nun in zehn Fällen den Pensionären recht gegeben, Inca muss ihnen die verschwundenen Gelder zurückerzahlen. Marco Tommasini spricht von einem «Riesenerfolg». (Sein eigener Vater hat sein Geld bereits vor einigen Monaten zurückerbekommen. Er war nicht gegen Inca, sondern gegen seine Pensionskasse vorgegangen.)

Doch so einfach ist alles nicht. Philippe Zogg, Anwalt von Inca, sagt, das Bezirksgericht Zürich habe in der Sache bereits im Juli 2011 einen «praktisch identischen» Fall entschieden - und sei damals zum gegenteiligen Urteil gekommen. Das Gericht habe damals festgehalten, die Machenschaften von Antonio G. seien komplett ausserhalb des Tätigkeitsbereichs von Inca gewesen. G. habe in eigenem Namen falsche Bankkonten eröffnet, wofür man Inca nicht zur Verantwortung ziehen könne. Dazu kommt laut Zogg, dass Inca die geforderten Pensionskassengelder gar nicht bezahlen konnte - weil sie als kleiner Verein die Finanzen dazu nicht habe. Die Hoffnung der Betroffenen, dass am Ende der italienische Staat die Schuld von Inca begleiche, sei wenig aussichtsreich. Zogg sagt, er werde die zehn Verfahren ans Obergericht weiterziehen.

Anders gesagt: Die betrogenen Búezer haben nur einen Etappensieg errungen. Gerettet sind damit ihre Pensionskassengelder noch nicht.



Das «echte» Nagelhaus (l.) leistet Widerstand in Zürich-West. Rechts das Hotel Renaissance. Foto: Dominique Meienberg

Das Renaissance duldet die Résistance

Zürich - Es ist das Haus, das im Weg steht. Eigentlich hätte der Altbau an der Turbinenstrasse 12/14 längst abgerissen werden sollen, er blockiert die geplante Zufahrt zum Maag-Areal im Trendquartier Zürich-West. Weil die Eigentümer aber ihre Grundstücke nicht verkaufen wollen, steht das Haus nach wie vor da. Beim Bundesverwaltungsgericht ist ein Prozess hängig, die Besitzer sollen enteignet werden.

Nun hat jemand dem Haus aus dem Jahr 1893 ein Logo verpasst. Grosse Lettern prangen seit einigen Tagen an der Hauswand: Résistance steht da, exakt in jener Schrift, mit der das Hotel Renais-

sance nebenan angeschrieben ist. Wer steckt dahinter?

Die Bewohner des Hauses winken ab, sie hätten die Buchstaben nicht angeklebt. Ebenso wenig die Eigentümer. Hinter der Aktion steht der Zürcher Künstler Navid Tschopp (33). Er hat das Logo auf eigene Faust angebracht, fasziniert vom widerspenstigen Haus. «Ich wollte das schiefe Bild, welches das Haus im Quartier hinterlässt, deutlich machen, den Widerspruch auf den Punkt bringen.» Es sei interessant, dass die Stadt früher geplant habe, beim Escher-Wyss-Platz ein künstliches Nagelhaus zu errichten, und nun plötzlich mit einem

echten Nagelhaus konfrontiert sei, das sie aus dem Weg haben wolle.

Peter Schickling, Direktor des Renaissance-Hotels, sagt: «Der Schriftzug ist ganz witzig.» Die Eigentümer des Nagelhauses dürften mit ihrem Gebäude machen, was sie wollten, das sei ihre Sache. Er werde nichts gegen den Schriftzug unternehmen.

Der Hoteldirektor stört sich allerdings am Haus selbst, weil es auch die Zufahrt zu seinem Hotel erschwert. «Wenn sich dafür eine andere gute Lösung finden liesse, könnte ich auch damit leben, wenn das Haus stehen bleibt. Nur renovieren müsste man es.» (ms)

Aargauer planen das neue Zürcher Fussballstadion

Zürich - Das Badener Büro Burkard Meyer Architekten hat beim international zusammengesetzten Preisgericht für ein neues Fussballstadion auf dem Hardturmareal obenaus geschwungen. Auf Visualisierungen und Zahlen müssen die Leute bis nach den Herbstferien warten. Am 24. Oktober wird die Stadt das neue Fussballstadion der Öffentlichkeit vorstellen, wie einer Medienmitteilung zu entnehmen ist. Am letzten Oktoberwochenende finden Führungen durch die Wettbewerbsausstellung statt, wo auch die Beiträge für die Wohnsiedlung Hardturm mit dem Siegerprojekt des Zürcher Architekturbüros Bob Gysin + Partner zu sehen sind. In einem Jahr können sich die Stimmberechtigten zum Stadion äussern. Rund 150 Millionen Franken darf die Arena kosten.

Alle zehn Entwürfe hatten es im Frühjahr nicht geschafft, das Kostenziel einzuhalten. Darum ging der Wettbewerb mit drei Teams in die Verlängerung. «Die Zusatzrunde hat sich gelohnt», sagt André Odermatt (SP), Vorsteher des Hochbaudepartements. Namentlich das Siegeream aus Baden habe sich «nochmals mächtig ins Zeug gelegt». Burkard Meyer Architekten AG wurde für sein Berufsbildungszentrum BBB in Baden mehrfach preisgekrönt und erhielt 2011 den Best Architects 12 Award. Zu ihren aktuellen Projekten gehören der Westlink-Tower und Kubus in Altstetten, die Zürcher Hochschule in Winterthur sowie das neue Fussballstadion Torfeld Süd in Aarau. (sit)

SP-Bundespolitiker üben harsche Kritik an Leuthards Staatsvertrag

Im Fluglärmstreit nimmt der Druck auf Bundesrätin Leuthard zu: Die SP äussert sich skeptisch über das mit Deutschland ausgehandelte Abkommen.

Von **Fabian Renz, Bern**

Ohne die Hilfe der Sozialdemokraten darf Verkehrsministerin Doris Leuthard kaum darauf hoffen, dass sich im Parlament eine Mehrheit für den neuen Staatsvertrag mit Deutschland findet. Umso mehr muss der CVP-Bundesrätin das Papier zu denken geben, das die Bundeshausfraktion der SP nach ihrer gestrigen Sitzung in Umlauf brachte.

Das Vertragswerk, das den schweizerisch-deutschen Fluglärmstreit beilegen soll, enthalte «gravierende Mängel», heisst es in der Stellungnahme. Die Schweiz werde gegenüber heute mit zweieinhalb Lärmstunden pro Tag mehr belastet - was in der Summe 20 000 zusätzlichen Anflügen entspreche. Erst recht sei der Vertrag schlechter als der unter Leuthards Vorgänger Moritz Leuenberger (SP) ausgehandelte Entwurf (der 2002 vom Parlament abgelehnt wurde): Im Vergleich bringe Leuthards Variante täglich viereinhalb Lärmstunden mehr. Und der vom neuen Abkommen erlaubte gekröpfte Nordanflug stelle für die Schweiz ein «sicherheitsrelevantes Grossrisiko» dar, da die Route über mehrere Atomanlagen führe.

Erarbeitet wurde das Papier von den SP-Verkehrspolitikern unter Federführung der Thurgauer Nationalrätin Edith Graf-Litscher. Sie listen eine Reihe von

Vorbedingungen auf, die Leuthard für ein sozialdemokratisches Ja zum Vertrag erfüllen müsse. Insbesondere werde keine «einseitige Mehrbelastung der Bevölkerung einer Region» akzeptiert. Derzeit «steht in den Sternen», wie der von Leuthard angekündigte «faire Lastenausgleich» aussehen solle.

Leuthard habe in ihrer Botschaft an das Parlament zu verschiedenen offenen Fragen Klarheit zu schaffen, fordert die SP weiter. Aufzuzeigen seien die Mitsprachemöglichkeiten des Volkes und der Kantone, überdies die künftige Kompetenzregelung zwischen Skyguide (die Ge-

sellschaft, die den Schweizer Luftraum überwacht) und der deutschen Flugsicherung. Auch müsse die Botschaft Anflugkonzepte mit und ohne Pistenausbau enthalten. Und eine unabhängige Institution sei damit zu beauftragen, die Atomrisikoproblematik beim gekröpfen Nordanflug zu untersuchen.

Ob die SP dem Staatsvertrag am Ende zustimme, sei derzeit völlig offen, sagt Graf-Litscher. Allerdings hat die SP schon mehrmals damit gedroht, Staatsverträge zum Absturz zu bringen. Dass sie konsequent bis zum Äussersten gehen würde, muss sie erst noch zeigen.

Fluglärmstreit

Deutsche sind weniger besorgt

Zürich - Vom Fluglärm betroffene Schweizer sprechen sich eher für eine gleichmässige Verteilung des Fluglärms als für eine Kanalisierung über dünn besiedelten Gebieten aus - im Gegensatz zu den Anwohnern in Südbaden, welche eher eine Lösung befürworten, bei der weniger besiedelte Gebiete häufiger überfliegen werden. Das hat eine repräsentative Umfrage des Instituts Isopublic ergeben. Befragt wurden je 500 Personen in Südbaden und in den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Aargau, Thurgau und St. Gallen.

Auftraggeber der gestern publizierten Studie ist die Unternehmerinitiative Wirtschaftsraum Schweiz-Deutschland. Die Studie enthält noch weitere überraschende Resultate. Offenbar wird der Fluglärmstreit auf deutscher Seite weniger dramatisch wahrgenommen als in


der Schweiz. Zum Beispiel glauben 67 Prozent der Schweizer, der Streit belastet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stark. Eine Einschätzung, die nur 48 Prozent der Deutschen teilen. Demgegenüber halten 45 Prozent der Deutschen das geplante Atomendlager im Weinland für ein Thema, das die Beziehungen stark belastet. Dem stimmen nur 31 Prozent der Schweizer zu.

Wenig überraschend ist, dass neun von zehn Schweizern der Meinung sind, der Flughafen sei wichtig für das Wohlergehen der gesamten Nordschweiz. Eine Meinung, die nur drei Viertel der Deutschen teilen.


Die Unternehmerinitiative interpretiert die Resultate insgesamt als Bekenntnis zum Flughafen - und zwar auch von deutscher Seite.

Liliane Minor

Anzeige



CONFISERIE SPRÜNGLI
Tradition seit 1836



BLANC & NOIR
TRUFFES AU CHAMPAGNE

Confiserie Sprüngli Telefon 044 224 47 11
bestell-service@spruengli.ch www.spruengli.ch

